

Erhard Crome

Eine neue deutsche Ostpolitik?

(Auszug aus dem Beitrag auf der 6. Außenpolitischen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 13./14. Dezember 2013.)

Am 7. September 1918 empfing Kaiser Wilhelm II. den Hetman der Ukraine, Pawel P. Skoropadski, auf Schloss Wilhelmshöhe bei Kassel. Das war Zeichen der deutschen Unterstützung für den gegen Russland und gegen die Bolschewiki gegründeten ukrainischen Staat und zugleich Ausdruck dessen, dass sich Deutschland in der Schlussphase des Ersten Weltkrieges in der Lage wähnte, nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches und den russischen Revolutionen eine große Einflusszone im Osten zu errichten. In einem vergleichbaren Sinne betonte Zbigniew Brzezinski, einer der Vordenker US-amerikanischer Globalstrategie, nach dem Ende des Kalten Krieges, eine unabhängige Ukraine sei ein „geopolitischer Dreh- und Angelpunkt“ dafür, dass Russland in einer geschwächten Position verbleibt. Das müsse fester Bestandteil einer umfassenderen Strategie der USA und des Westens in Eurasien sein.

Jetzt stellt sich die Europäische Union auf einen solchen Standpunkt. Auf dem EU-Gipfel in Vilnius Ende November 2013 sollte auch mit der Ukraine ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen abgeschlossen werden, das auf engere Zusammenarbeit und Marktzugänge zielt. „Es ist das weitestreichende, das die Europäische Union jemals mit einem Nichtmitglied ausverhandelt hat, und könnte beim Gipfel der Östlichen Partnerschaft im November in Litauen besiegelt werden“, schrieb der österreichische Standard im März 2013. In Aussicht gestellt wurden umfangreiche Kreditlinien, darunter des Internationalen Währungsfonds. Zugleich forderte die EU die Freilassung der verurteilten früheren Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Damit hatte sich die EU allerdings selbst eine Falle gestellt, aus der sie nicht wieder heraus kam: Keine Regierung, die auf sich hält, kann eine solche Bedingung ohne Gesichtsverlust erfüllen.

Hinzu kam, dass Russland, mit dem die Ukraine wirtschaftlich eng verbunden ist und von wo das Land den Hauptteil seiner Energielieferungen bezieht, deutlich machte, bei Zustandekommen des Vertrages mit der EU „Schutzmaßnahmen“ ergreifen zu müssen. Deshalb hatte der ukrainische Präsident Janukowitsch erklärt, parallel zu dem Vertrag mit der EU mit dem „Einheitlichen Wirtschaftsraum“ von Russland, Kasachstan und Belarus zusammenarbeiten zu wollen. Daraufhin hatte EU-Kommissionspräsident Barroso gefordert, die Ukraine müsse sich entscheiden, sie könne nicht gleichzeitig ein Freihandelsabkommen mit der EU und eine Zollunion mit Russland haben. Auch diese Alternativ-Falle hatte also die EU gestellt.

Nachdem Janukowitsch nun den Vertrag nicht unterzeichnet hatte, erhob sich lautes Geschrei. Es hieß, Russland habe einen Sieg errungen, die Ukraine sei für lange Zeit für den Westen verloren. Die Wochenzeitung *Der Spiegel* schrieb: „Der Kampf um die Ukraine ist einer zwischen dem russischen Präsidenten und der deutschen Kanzlerin. Die erste Runde ging an Putin.“ Und weiter: „Die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Und die Kanzlerin will vor der nächsten Runde eine neue Figur ins Spiel bringen: Vitali Klitschko. Der zwei Meter große Profiboxer soll zum proeuropäischen Gegner des

russlandorientierten Janukowitsch aufgebaut werden – und am Ende das Abkommen doch unterschreiben.“ Nun wird oft erklärt, es ginge um Demokratie und Bürgerrechte; die deutsche Außenpolitik handle so, weil es nicht nur um Interessen, sondern auch um „Werte“ ginge. Ein Blick in die Geschichte zeigt allerdings, dass schon im Ersten Weltkrieg die Behauptung, Gegner sei das reaktionäre Zaren-Regime, Teil der inneren Kriegsmobilisierung war. Sie ließ auch die deutsche Sozialdemokratie in die Kriegsbegeisterung einstimmen. Insofern steht der Verweis auf die „Werte“ auf schwachen Füßen. Und Der Spiegel hat ganz offen resümiert: „Dabei geht es im Kampf um Kiew um viel mehr als freien Warenaustausch am östlichen Rand der Europäischen Union. Fast 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Kriegs geht es darum, wer es schafft, die früheren Sowjetrepubliken der Region in seinen Einflussbereich zu ziehen. Es geht um Geopolitik, um das ‚Grand Design‘, wie es die Experten gern nennen.“ (Der Spiegel, 50/2013, S. 22-24)

Damit sind wir, nicht nur fast ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, sondern auch fast ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Vereinigung, in einem neuen Auseinandersetzungsprozess in den internationalen Beziehungen. Und in dem spielt die deutsche Außenpolitik wieder eine Rolle. Eine eigenständige Rolle, in der Deutschland – nunmehr gestützt auf die Europäische Union – einem Land wie Russland erneut als machtpolitischer Faktor gegenübertritt.

Es geht zugleich um das Schicksal Europas: Welchen Charakter wird die EU haben? Wird sie ein Hort des Neoliberalismus sein, der zugleich immer deutlicher als Militärmacht in Erscheinung tritt, oder aber wird sie ein wohlfahrtsstaatliches Gefüge sein, das international als Zivilmacht agiert? Trägt sie international, auch innerhalb Europas, zu Frieden und Sicherheit bei, oder agiert sie nach außen als imperiales Macht-Gefüge, das gegenüber anderen Mächten, wie Russland, in Konkurrenz um geopolitische Einflusssphären tritt. Auch im Außenverhältnis der EU ist die innere Struktur der Union mit Deutschland als hegemonialem Zentrum wirksam. *Der Spiegel* hat das durchaus klar benannt: Offiziell agiert die EU gegenüber der Ukraine und Russland, im Kern aber ist es eine deutsche Politik, die die geopolitische Abrundung im Osten Europas vollenden will. Und dies in offensichtlicher Übereinstimmung mit strategischen Überlegungen der USA – siehe Brzezinski. Klar ist, dass dieser Konflikt nicht militärisch ausgetragen werden wird: Im Hintergrund stehen letztlich auch die USA, mit denen die EU-Staaten in der NATO militärisch-politisch verbunden sind, obgleich sie auf der geo-ökonomischen Ebene eher Konkurrenten zu den USA sind. Insofern agieren auch hier Deutschland mit EU-Europa im Rücken und die USA nicht in einem Verhältnis von Herr und Knecht sondern als Kooperationspartner.

Der Ausgang der Auseinandersetzungen ist offen. Er wird auch hierzulande entschieden. Es geht darum, die EU und die deutsche Außenpolitik daran zu hindern, nach außen geopolitische Konflikte zu schaffen und zu schüren. Bei einer Umfragefrage des ZDF (13. Dezember 2013) haben sich 17 Prozent der Befragten für eine Einmischung Deutschlands in die inneren Angelegenheiten der Ukraine ausgesprochen, 78 Prozent dagegen – Stalingrad als „Schule der Nation“ der Deutschen wirkt also auch noch nach drei Generationen. Das wird Angela Merkel berücksichtigen müssen.